

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl.: Max Hildebrandt  
Herausgeber: Max Hildebrandt  
Redaktion: Max Hildebrandt  
Druck: Max Hildebrandt

Bezugspreis: Bei Abnahme von 10 Bänden monatlich 4,00 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), bei Abnahme von 20 Bänden monatlich 7,50 Mk. (einschließlich 40 Pfg. für  
Zugabe), bei Abnahme von 50 Bänden monatlich 18,00 Mk. (einschließlich 100 Pfg. für  
Zugabe), bei Abnahme von 100 Bänden monatlich 34,00 Mk. (einschließlich 200 Pfg. für  
Zugabe). Einzelhefte 15 Pfg. (einschließlich 5 Pfg. für Zugabe).  
Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für aufwärts 40 Pfg. Familienanzeigen und  
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 100 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg. Offertengelder 20 Pfg. Anzeigen für den Auslandverkehr gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Max Hildebrandt  
Dresden, Postfach 10, 1065 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Verbr. Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Geldstücke werden nicht aufbewahrt

**Café Hülfert**  
Weltversand der Dresdner Christstollen u. Baumkuchen  
Konzert-Konditorei / Prager Straße / Ecke Sidonienstraße / Tgl. Konzert / Gust. Agente

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Fachgeschäft!  
**Chr. Garms** Inh. W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13  
Fernspr. 16202 Nähe Postplatz  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gasherde  
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

**Konditorei Schmorl**  
Wilsdruffer Straße 20  
Amalienstraße 5/10  
Honigkuchen / Marzipan

## Der Außenauschuss fordert Aktivität

### Für deutsche Propaganda im In- und Ausland

Berlin, 18. Dez. (Fig. Draht.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages, der sich in seiner Vormittagssitzung mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen befaßt hatte, legte am Nachmittag die Besprechungen über die Genfer Verhandlungen fort, wobei der Reichsaußenminister Dr. Curtius wiederholt in die Debatte eingriff. Augenmerk wurde einer Entschließung des Abgeordneten Grafen Beckarp (Kons.), worin die Regierung aufgefordert wird, Material über die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und über die Abrüstungsfrage durch ständige und planmäßige Propaganda im Ausland und im Inland zu verbreiten und den Unterrichtsverwaltungen in geeigneter Form für den Unterricht und für die Verteilung an die Schüler zu überweisen.

Die Regierung soll hierzu die notwendigen Mittel anfordern und die Aktion im Benehmen mit dem Auswärtigen Ausschuss durchführen. Das Material soll mit statistischen Zahlen und in anschaulichen Bildern darstellen:

1. die Bedrohung der deutschen Sicherheit durch die jetzigen Grenzen, in der entmilitarisierten Zone und durch die Entfestigung Deutschlands;
2. den deutschen Anspruch auf allgemeine Abrüstung und seine praktische Ablehnung durch die sogenannten Abrüstungsverhandlungen unter anschaulicher Erläuterung der Hauptpunkte, wie Friedenspräsenz, ausgebildete Reserven, Kriegsmaterial;
3. die deutsche Entwaffnung im Verhältnis zu dem Stande der Rüstungen in den benachbarten europäischen Mächten, insbesondere Frankreich und Polen;
4. die Rüstungsausgaben der einzelnen Mächte.

Vorher hatten die Nationalsozialisten einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius eingebracht, über dessen Zulässigkeit sich eine

längere Geschäftsordnungsausprache entwickelte. In dem Antrag hieß es:

„Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung vom 2. d. M. beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, nachdem die Verhandlungen und Beschlüsse der Vorbereitenden Abrüstungskommission sich als Komödie erwiesen hatten, die deutsche Delegation mit dem Grafen Bernstorff sofort von Genf zurückzurufen.“

Der Reichsaußenminister hat diesem Ersuchen abfällige nicht entsprochen.

Der Auswärtige Ausschuss spricht aus diesem Anlaß und weil er mit der maßgebigen, dem am 14. September kundgetanen Willen des deutschen Volkes in keiner Weise Rechnung tragenden Führung unserer Außenpolitik, wie sie sich vor allem in der Frage der Youngtribune, in der Abwehr des Polenterrors und in der Abrüstungsfrage gezeigt hat, nicht einverstanden ist, dem Reichsaußenminister Dr. Curtius das Mißtrauen aus.“

Im Laufe der Beratungen haben die Nationalsozialisten einen weiteren Antrag eingebracht, nach dem der Ausschuss beschließen soll, die Reichsregierung zu ersuchen, auf der nächsten Tagung des Volkskongresses zu beantragen und mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die seit Jahren fällige allgemeine Abrüstungskonferenz nun endlich, spätestens im Frühjahr 1931, zusammentrete und, falls dem deutschen Verlangen, wie vorausgesehen, nicht entprochen werde, genau wie für Frankreich auch für Deutschland an Stelle der Abrüstungsfrage die Sicherheitsfrage voranzutreiben und ab 1. Oktober 1931 mit der deutschen Wehrverpflichtung zu beginnen.

Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Außenminister ist vom Ausschuss als nicht zulässig bezeichnet worden. Der andere nationalsozialistische Antrag wurde, ebenso wie verschiedene andere Anträge, abgelehnt. Damit waren die Verhandlungen des Ausschusses beendet.

### Die Notwendigkeit der Landwirtschaftshilfe

Die Verzweigungsbewegung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung unseres Vaterlandes hält an. Trotz aller Maßnahmen, die der Reichsernährungsminister Schiele im Kabinett durchgesetzt hat. Ja, es ist heute bereits so weit, daß Tausende und aber Tausende von Landwirten an eine wirksame Hilfe von Seiten der Regierung nicht mehr zu glauben vermögen. Man verkennet nicht, daß die Maßnahmen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 zum Schutz der Landwirtschaft gewisse Erleichterungen bieten. Aber diese Maßnahmen sind viel zu gering, um den Verfall dieses wichtigsten deutschen Berufsstandes aufzuhalten. Die Statistiken der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Zahl der lebensunfähigen Betriebe in erschreckender Weise zunimmt und selbst bisher gesunde Betriebe in immer größerer Zahl in Mitleidenschaft gezogen werden. Alle Maßnahmen, die man der Landwirtschaft in Bezug auf Produktionsvermehrung, Mechanisierung und Nationalisierung gab, haben in erster Linie die Schulden vermehrt, aber die Rentabilität nicht wieder hergestellt. Besonders die Verhältnisse im Osten haben sich ins Trostlose entwickelt. Insgesamt sind in dem durch den Korridor von Deutschland abgetrennten Ostpreußen in diesem Jahre Güter im Gesamtwert von 100 Millionen Reichsmark zur Zwangsversteigerung gekommen. Den dabei erzielten minimalen Preisen nur ist es zu verdanken, daß die Zwangsversteigerungen kein größeres Ausmaß angenommen haben. Denn es ist für die Gläubiger immer noch besser, den sachkundigen Besitzer auf dem Gut wirtschaften zu lassen, als ihn von seiner Scholle zu vertreiben und das Gut dadurch immer noch stärkerer Wertverminderung zu überliefern. Ähnliche Verhältnisse gelten für alle Ostprovinzen. Auch vom nationalpolitischen Standpunkt aus bedeuten die Zwangsversteigerungen eine schwere Gefahr. Denn deutsche Käufer sind nur in den seltensten Fällen vorhanden. Sehr häufig dagegen bewerben sich die Polen, die von ihrer Regierung unterstützt werden, um die notleidenden Güter und erhalten sie zu Spottpreisen. Die ganze mühselige und kostspielige deutsche Siedlungspolitik im Osten wird so zunichte gemacht. Mäheles setzt sich das Volentum in best überdies durch die Landflucht menschenarm gewordenen Raum fest, selbstverständlich mit dem Ziele, der wirtschaftlichen Eröberung die politische folgen zu lassen. Dem Zusammenbruch der östlichen Landwirtschaft folgt der Niedergang der Industrie auf dem Fuße. Schon die Zerreißung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes im Osten durch das Versinken Ostpreußens hat die ostdeutsche Industrie in die schwerste Bedrängnis gebracht. Ging ihr doch ein Teil ihres natürlichen Absatzgebietes unwiederbringlich verloren. Hinzu kommt verschärfend die Kaufkraftverminderung der Landwirtschaft. Weiter zugefügt wird dieser Zustand durch die Verteuerung der Agrarprodukte durch die lange und kostspielige Eisenbahnfracht zu den Stätten des Verbrauchs im industriellen Westen und durch die wachsenden Lasten der Gemeinden für das Heer der Wohlhabenderwerblosen. Dieser Krankheitsherd im deutschen Osten greift naturgemäß immer weiter um sich. Das einst blühende schlesische Wirtschaftsgebiet ist bereits in voller Schwere davon erfaßt worden. Aber auch unsere sächsische Heimat ist durch die Entwicklung im Osten in ihrer Wirtschaftskraft bedroht. Die hohe Erwerbslosigkeit in Sachsen, die bei einem Reichsdurchschnitt von 33 auf das Tausend der Bevölkerung mit 49,2 an der Spitze sämtlicher deutschen Länder markiert, beruht neben der mangelnden Berücksichtigung durch Reichsaufträge im wesentlichen darauf, daß auch Sachsen natürliche industrielle Absatzgebiete im Osten durch den Raub der Ostprovinzen durch Polen und durch den wirtschaftlichen Niedergang der bei Deutschland verbliebenen Ostgebiete nahezu völlig verlorengegangen sind. Daß durch diese Schwächung der industriellen Kaufkraft Sachsen sich nachteilige Folgen auch für unsere heimische

## Nur sieben Stimmen Mehrheit für Steeg

### 10 Kommunisten retten das neue Kabinett Frankreichs

Paris, 18. Dez. Die französische Regierung, die sich am Donnerstag erstmals der Kammer vorstellte, erhielt nach heftigen Kämpfen bei der Abstimmung über den Verbandsantrag des Abg. Vacard von der radikalen Linken mit 291 gegen 284 Stimmen eine Mehrheit von 7 Stimmen.

Der Sieg der Regierung ist in erster Linie auf die Haltung der Sozialisten zurückzuführen und wurde von dem linken Flügel der Kammer mit ungeheurer Beifall aufgenommen. In den Wandelgängen der Kammer zeigte man sich über das Ergebnis außerst überrascht. Man schreibt es lediglich dem Verhalten einiger Abgeordneter der Mitte zu, die sich der Stimme enthalten haben.

Trotz allem ist man der Auffassung, daß das Kabinett dem nächsten Ansturm nicht standhalten wird.

Tardieu, der der Sitzung beiwohnte, griff bei keiner Gelegenheit in die Aussprache ein, sondern folgte den Ausführungen der einzelnen Abgeordneten mit gerader stolcher Ruhe. Einen Teil des Erfolges darf man auch Herriot zuschreiben, der die zögernden Elemente für sich gewann.

Bemerkenswert ist ferner, daß die zehn Kommunisten für die Regierung stimmten. Wie zu dieser An und für sich ungewöhnlichen Haltung der Kommunisten verurteilt, soll Ministerpräsident Steeg ihnen als Entschädigung dafür die Amnestie in Elsaß-Lothringen versprochen haben.

waren keinerlei neue Momente enthalten. Die Regierung brachte auch in keiner Weise zum Ausdruck, wie sie sich die verschiedenen Verbesserungen gedacht hat, die sie vor allem in der Landwirtschaft, im Finanz- und Sparwesen einzuführen gedenkt. Die Regierung werde sich gegen die Einmischung der Finanzen in die Politik wenden, die die Unabhängigkeit des Staates und die Würde ihrer Vertreter schänden. Ein kurzer Abschnitt war sodann der Außenpolitik gewidmet. Die Regierung betonte, daß der äußere Friede der Wunsch aller Franzosen sei. Eine internationale Handlung auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Moral, sowie eine gemeinsame Anstrengung bezüglich der Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung seien notwendig, um alle Nachgegelüste und Meinungsverschiedenheiten auszuschalten.

Die Annäherungspolitik werde die Regierung nach allen Kräften unterstützen. Die Hauptaufgabe sehe sie jedoch in der nationalen Verteidigung.

In Bezug auf die Wirtschaftskrise sagte Frankreich nunmehr bereits die ersten Auswirkungen. Diese Krise verlange ein tatkräftiges Gegenwirken. Man werde die materiellen und moralischen Bedingungen der Arbeiter verbessern und eine gesunde Landwirtschafts-, Finanz- und Kolonialpolitik durchführen. Nur eine strikte Sparpolitik könne in Zukunft vor neuen Steuern schützen. In Bezug auf Schule und Kirche stelle sich die Regierung auf den Boden des weltlichen Staates. Der internationale Friede in der Sicherheit und der Achtung vor den Verträgen, Freiheit für alle unter Beibehaltung der öffentlichen Ordnung würden stets die volle Unterstützung der Regierung finden.

Diese Erklärung blieb auf die Kammer in ihrer großen Mehrheit ohne jeden Eindruck.

Ministerpräsident Steeg forderte die Abgeordneten auf, sofort in die Generalausprache einzutreten. Im weiteren Verlauf der Kammer Sitzung ergriff Ministerpräsident Steeg erneut das Wort und erklärte, daß er niemals auf frohe Tage gehofft habe, als er sein Kabinett zusammenstellte. Er habe es jedoch für notwendig gehalten, im Interesse der Ordnung und der Wiederherstellung der Ruhe die Regierung zu bilden. Er habe aber kein Kampfkabinett schaffen wollen. Darauf ging Steeg noch einmal auf Fragen der Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Finanz- und Kolonialpolitik ein.

Nach längerer Aussprache hatte dann die Abstimmung das eingeangene mitgeteilte Ergebnis.

### Eine dürftige Regierungserklärung

Paris, 18. Dez. Kurz vor Zusammentritt des Parlaments wird bekanntgegeben, daß die Unterstaatssekretäre Cantin (Landwirtschaft), Coty (Inneres) und Thoumyre (Pensionen) nach dem heute vormittag gehaltenen Ministerrat, der die Regierungserklärung billigte und sich mit der von der Kammer einzunehmenden Taktik beschäftigte, Ministerpräsident Steeg ihre Dimission gegeben haben.

Die französische Kammer trat am Donnerstagnachmittag zusammen, um zunächst die Regierungserklärung des Kabinetts Steeg entgegenzunehmen, die gleichzeitig im Senat durch den Justizminister Cléron verlesen wurde. In der Erklärung, die als äußerst dürftig angesprochen werden kann,

Heute:  
Der **D.N.**-Kraftfahrer  
Seite 17 und 18